BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN H.-W.-KOPF-PLATZ 1 30159 HANNOVER

Landtagsfraktion Niedersachsen

Ina Korter, MdL
Schulpolitische Sprecherin

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover

Tel: 0511-3030-3312
Fax: 0511-3030-99-3312

Ina.Korter@lt.niedersachsen.de
www.ina-korter.de

„Vergessene“ Kinder in der Bildung

Als nach den Sommerferien für Hunderttausende von Erstklässlern „der Ernst des Lebens“ begann, waren die Erfolgschancen schon am ersten Tag ungleich verteilt. Der Nachwuchs der Ober- oder gehobenen Mittelschicht wird es mit hoher Wahrscheinlichkeit bis zum Abitur schaffen. Kinder aus Migrantenfamilien können froh sein, irgendwann überhaupt einen Abschluss vorweisen zu können. In keinem anderen Land der OECD entscheidet die soziale Herkunft so sehr über den Bildungs- und damit späteren Lebensweg eines Kindes wie in Deutschland. Rund 19% der Kinder aus nicht-deutschen Elternhäusern verlassen die Schule ohne jeglichen Abschluss. In den Gymnasien sind Jugendliche mit Migrationshintergrund nur mit einem Anteil von weniger als der Hälfte des Jahrgangsdurchschnitts vertreten. In Haupt– und Förderschulen sind sie dagegen deutlich überrepräsentiert. Als Kinderschutzbund müssen wir die Frage stellen: Werden diese Kinder wirklich „vergessen“ oder haben sie vor allem keine Lobby?

Integration besonders förderbedürftiger Kinder Fehlanzeige
Aus den Augen aus dem Sinn? Vergessen sind die Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf. Obwohl der Grundsatz der integrativen Beschulung seit Jahren in den Schulgesetzen verankert ist, gelingt dieses im Bundesdurchschnitt nur bei rund 16% der besonders förderbedürftigen Schülerinnen und Schülern; etwa 84% besuchen eine Förderschule. Gerade hier zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern: Während in Bremen etwa 45% der Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf integrativ beschult werden, sind dies in Niedersachsen nur magere 4,7%. Man darf gespannt sein, wie sich die auch von Deutschland unterzeichnete UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen auswirken wird, die eine inklusive Schule für alle Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf fordert und seit dem 1.1.2009 in Deutschland umgesetzt werden muss.

Schneller, schneller, schneller
Die marktwirtschaftliche Logik des Wettbewerbs hält immer stärker auch in unseren Schulen Einzug. Letzter Ausdruck davon ist das inzwischen in den meisten Bundesländern eingeführte Turboabitur nach 12 Jahren. Acht oder neun Unterrichtsstunden bis weit in den Nachmittag hinein, die vor- und nachbereitet werden müssen, vielfach ohne gesundes Mittagessen an den Schulen: Das sind Bedingungen, unter denen gerade jene Schülerinnen und Schüler zum Scheitern verurteilt sind, die etwas langsamer lernen oder durch Teilleistungsschwächen wie Legasthenie oder Dyskalkulie gehandicapt sind, weil für die erforderlichen besonderen Fördermaßnahmen schlicht keine Zeit bleibt.

Schlechter Schulabschluss – kaum eine Chance
Welche Chancen Jugendliche ohne Abschluss oder mit einem Hauptschulabschluss auf dem Ausbildungsmarkt haben, zeigt ein Blick in die jährlich erscheinenden Bildungsberichte der Bundesregierung: Lediglich 21% der Jugendlichen ohne Abschluss konnten laut Bildungsbericht 2008 im Jahre 2006 einen Ausbildungsplatz im dua-

len System ergattern, über drei Viertel landeten in Übergangssystemen ohne Perspektive. Selbst mit einem Hauptschulabschluss in der Tasche bleibt über der Hälfte der Jugendlichen nach der Schule nur die Warteschleife.

Sortieren statt integrieren

Die Weichen für den weiteren Bildungs- und damit Lebensweg werden in den meisten Bundesländern bereits nach der vierten Klasse gestellt. Wer im Alter von rund 10 Jahren die „falsche" Schule besucht, hat später schlechte Karten, denn die viel beschworene Durchlässigkeit unseres Bildungssystems ist im Wesentlichen eine Einbahnstraße nach unten. Dabei hängt die Weichenstellung nach der vierten Klasse keinesfalls nur von den schulischen Erfolgen ab. Selbst bei gleicher Leistung erhalten Akademikerkinder laut IGLU-Studie nach der Grundschule 2,5 mal so häufig eine Gymnasialempfehlung wie Kinder aus Arbeiterfamilien. Neben der Schullaufbahnempfehlung der Grundschule kommt der Entscheidung der Eltern eine hohe Bedeutung für die Bildungskarriere der Kinder zu. Wie die im März diesen Jahres von der Hans-Böckler Stiftung vorgelegte Studie „Soziale Ungleichheiten in schulischer und außerschulischer Bildung" zeigt, wollen fast alle Eltern der oberen sozialen Schichten ihr Kind bei guten schulischen Leistungen in der Grundschule auf eine weiterführende Schule schicken, die zum Abitur führt (Gymnasium oder Gesamtschule). In den unteren sozialen Schichten wollen dieses selbst bei guten schulischen Leistungen nur 38%. Selbst bei mittleren Leistungen streben 75% der Eltern aus den oberen Schichten das Gymnasium an, in den unteren Schichten wollen dieses nur 11%. Eltern ohne akademischen Abschluss trauen sich noch immer nicht so leicht, ihr Kind auf ein Gymnasium zu schicken – aus Angst vor dem Scheitern.

Benachteiligungen abschaffen – wollen das wirklich alle?

Grundvoraussetzung zur Überwindung der Benachteiligung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen in der Bildung ist, dass die bislang privilegierten Schichten unserer Gesellschaft eine verstärkte Förderung benachteiligter Kinder auch tatsächlich anstreben. Ist die sogenannte Mittelschicht heute bereit, ihre Bildungsprivilegien aufzugeben und allen gleiche Chancen der Teilhabe zu ermöglichen? Angesichts der Tatsache, dass unser sozial selektives Schulwesen gerade aus konservativen politischen Kreisen noch immer mit Zähnen und Klauen verteidigt wird, darf man daran deutliche Zweifel haben.

Gemeinsam – nicht nur in der Schule

Längst nicht nur das gegliederte Schulsystem, auch die zunehmende Segregation gesellschaftlicher Gruppen in den Stadtteilen führt zu einer Trennung sozialer Schichten und damit einhergehend auch Bildungsniveaus in unserer Gesellschaft. Die Rütli-Schule im Berliner Stadtteil Neukölln ist nur ein besonders krasses Beispiel. Bildungspolitik muss deshalb auch als ausgleichende Verteilungspolitik verstärkte Segregation abschwächen. Dazu braucht sie Unterstützung durch verstärkte, niedrigschwellige Sozialarbeit in den Stadtteilzentren und Schulen, die auch die Elternhäuser einbezieht.

Für eine andere Bildungslandschaft

Entscheidend, um die Situation der „vergessenen Kinder" in der Bildung zu verbessern, sind jedoch strukturelle Maßnahmen:

- Ein deutlicher Ausbau der Kindertagesstättenplätze, kleinere Gruppen und eine für die Eltern kostenfreie Kindertagesstätte ab 3 Jahren, in der ganzheitliche Sprachförderkonzepte etabliert werden, um die Sprachförderung im täglichen Ablauf zu verankern.
- Ausbau aller Schulen zu echten gebundenen Ganztagsschulen mit gesundem Mittagessen für alle, qualifiziertem Unterricht auch an den Nachmittagen und Hausaufgabenbetreuung.
- Abschaffung des gegliederten Schulsystems mit der frühen Trennung bereits im Alter von 10 Jahren zugunsten einer längeren gemeinsamen Schulzeit, ohne Sitzenbleiben und Aussortieren.

Schlechte Bildung ist teurer

Die Überwindung struktureller Benachteiligungen ganzer gesellschaftlicher Gruppen durch unser Bildungssystem ist keinesfalls nur eine sozialpolitische, sondern auch eine fiskal- und wirtschaftspolitische Notwendigkeit. Die Versuche nachsorgender Maßnahmen etwa in den Warteschleifen für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz sind nicht nur für die Betroffenen problematisch, nachdem „das Kind bereits in den Brunnen gefallen" ist, sondern auch immens teuer: 3, 8 Milliarden Euro geben wir jährlich dafür aus.

Darüber hinaus können wir es uns angesichts des demografischen Wandels immer weniger leisten, nicht alle Kinder bestmöglich zu fördern.

Wer anders als der Kinderschutzbund kann die Lobby gerade für die „vergessenen Kinder" sein, die kein starkes Elternhaus im Hintergrund haben.